



EURO-KRISE

Vier Raten für Spanien

Das Hilfsprogramm des europäischen Rettungsschirms EFSF für spanische Banken über hundert Milliarden Euro soll in vier Tranchen ausgezahlt werden. Das sieht ein vertraulicher Vorschlag der EFSF-Führung vor. Danach soll die erste Rate über 30 Milliarden Euro bereits Ende Juli fließen. Zwei Drittel da-

von stehen für Eigenkapitalspritzen an notleidende Kreditinstitute zur Verfügung, falls diese kurzfristig gebraucht werden. Die restlichen zehn Milliarden Euro dienen als „langfristiger Sicherheitspuffer“, wie es in dem Papier heißt. Die zweite Tranche ist für Mitte November vorgesehen und umfasst zusätzliche

15 Milliarden Euro. Ende Dezember 2012 und Ende Juni 2013 sollen jeweils noch einmal 15 Milliarden Euro fällig werden. Für Ende November ist zudem die Gründung einer Bad Bank für „problematische Papiere“ vorgesehen. Diese Institution soll mit einem Kapital von bis zu 25 Milliarden Euro ausgestattet werden. Das Hilfsprogramm für Spanien hat eine Laufzeit bis maximal 2028. Die Hilfen sollen laut der Vorlage nicht auf die Staatsschuld des Landes angerechnet werden, damit „Spanien weiter Zugang zum Finanzmarkt hat“.

AFFÄREN

Heikle Revisionsberichte

In der Affäre um den russischen EnBW-Lobbyisten Andrej Bykow muss sich nun auch der langjährige Konzernchef Utz Claassen kritische Fragen gefallen lassen. Grund ist ein Revisionsbericht aus dem Jahr 2004, der sich mit den dubiosen Verträgen des Russen auseinandersetzt und von dem zwei unterschiedliche Versionen existieren, die dem SPIEGEL vorliegen. In der ersten Version vom 2. Juni 2004 äußert die Konzernrevision noch erhebliche Zweifel an dem Zustandekommen der Bykow-Verträge und auch an der Arbeit des Lobbyisten. Die millionenschweren

Uranlieferverträge, heißt es kühl, seien „nicht nachvollziehbar“ und offenbar mit anderer Intention geschlossen worden. Außerdem, monieren die Revisoren, fehle die notwendige „Zustimmung der jeweiligen Aufsichtsgremien“ zu den Bykow-Verträgen. Konkret: Der Vorstand hätte schon damals



Claassen

handeln, die Geschäftsbeziehungen mit Bykow stoppen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen können. Doch das passierte nicht. Im Gegenteil: Nur 14 Tage später wird eine neue Version des Berichts in Umlauf gebracht. Belastende Passagen tauchen darin nicht mehr auf. Beide Berichte gingen laut Verteiler an den Vorstand und dessen Chef Claassen. Der bestreitet, das erste Dokument je gesehen zu haben. Sein Anwalt weist „entschieden“ den Verdacht zurück, der damalige EnBW-Chef habe den Bericht möglicherweise ändern lassen, um die Machenschaften um Bykow zu vertuschen. Die Papiere liegen auch der Mannheimer Staatsanwaltschaft vor. Sie ermittelt in der Bykow-Affäre gegen insgesamt sieben noch nicht benannte EnBW-Manager.